

**Unverkäufliche Leseprobe**



**Markus Roth, Andrea Löw**  
**Das Warschauer Getto**  
Alltag und Widerstand im Angesicht  
der Vernichtung

240 Seiten, Paperback  
ISBN: 978-3-406-64533-4

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<http://www.chbeck.de/11431197>

# I. Vor dem Getto

## 1. Jüdisches Leben vor dem Krieg

Seine Blütezeit erlebte das Warschauer Judentum in der Zwischenkriegszeit, auch wenn mit der Wiedererlangung der polnischen Unabhängigkeit 1918 zunächst große Probleme für die polnischen Juden verbunden waren. Eine Serie von Pogromen erschütterte das Land und der Antisemitismus nahm allgemein zu. Nachdem Polen 120 Jahre unter Fremdherrschaft gestanden und nun die Selbstständigkeit wiedererlangt hatte, sahen viele Polen in den Minderheiten ein Ärgernis oder gar eine Bedrohung. Sie wollten keine Einschränkungen mehr in ihrer nationalen Entfaltung hinnehmen, mussten aber auf Druck der alliierten Siegermächte einen Minderheitenschutzvertrag unterzeichnen, der den Minoritäten im Lande gewisse Mindestrechte garantierte.

Die Warschauer Jüdische Gemeinde war die größte in Europa, kurz vor dem Zweiten Weltkrieg lebten hier mindestens 350 000 Juden (ca. 30 Prozent der Warschauer Bevölkerung). Formell waren sie nun zwar gleichberechtigt, doch in der Praxis gab es zahlreiche Diskriminierungen. Vor allem im Staats- und Militärdienst blieben ihnen viele Stellen verschlossen. Weiterhin waren das Handwerk und der Handel die Domäne der Juden; meist waren es Kleinbetriebe, nur von den Familienmitgliedern unter zahlreichen Entbehrungen getragen. Die Mehrheit der Warschauer Juden lebte in einfachen Verhältnissen vor allem im Nordwesten der Stadt, oft in heruntergekommenen Häusern.

Ein lebendiges Bild von dem Viertel und seinen Menschen, von dem Treiben in den Hinterhöfen und auf den Straßen zeich-

net der Schriftsteller Alfred Döblin, der 1924 durch Polen reiste und auch die Hauptstadt besuchte. Mit einem gewissen Befremden beschreibt er das für ihn ungewohnte Bild in einem Hinterhof in der ul. Nalewki: «[E]r ist viereckig und wie ein Markt von lauten Menschen, Juden, meist in Kaftan, erfüllt. In den Quergebäuden Möbelgeschäfte, Fellgeschäfte. Und wie ich ein Quergebäude durchgehe, stehe ich wieder auf einem wimmelnden Hof, voller Kisten, mit Pferdegespannen; von jüdischen Lastenträgern wird auf- und abgeladen.»<sup>1</sup> Döblin spazierte durch das jüdische Viertel und sah überall ein emsiges Treiben, fliegende Buchhändler, kleine Geschäfte und Werkstätten, orthodoxe Juden ins Gespräch vertieft, Jungen, die jiddische Zeitungen ausriefen.<sup>2</sup>

Das Bild des jüdischen Viertels und des jüdischen Lebens, wie es sich Döblin in den zwanziger Jahren bot, war lange Zeit keine Selbstverständlichkeit. Zwar siedelten Juden seit dem 13. Jahrhundert in Warschau und nahm die jüdische Bevölkerung in den folgenden Jahrhunderten stetig zu – von 14 800 Menschen um 1810 (18 Prozent der Bevölkerung) innerhalb von 100 Jahren auf 301 000 Personen, die damit mehr als 37 Prozent der Stadtbevölkerung stellten. Über Jahrhunderte hinweg war der Status der Juden in Warschau äußerst unsicher, ihre Ansiedlung teilweise illegal gewesen. Immer wieder kam es zu antijüdischen Manifestationen und Pogromen; Berufsverbote und Handelsbeschränkungen bremsen ihre Entfaltungsmöglichkeiten.

Dennoch zog es im Laufe des 19. Jahrhunderts viele Juden nach Warschau, das infolge der Teilung Polens zwischen Preußen, Österreich-Ungarn und Russland unter russische Herrschaft gekommen war. Viele Juden waren Arbeiter oder führten kleine Handwerksbetriebe. In dieser Zeit entwickelte sich auch das politische Leben; eine zunächst noch illegale Arbeiterbewegung formierte sich. Ihre wichtigste Organisation, der *Bund*, hatte 1904 in Warschau 1200 Mitglieder. Der Zionismus betrat Ende des 19. Jahrhunderts die politische Bühne; 1901 wurde die *Poale Zion*, die wichtigste zionistische Organisation, gegründet.

Zu voller Blüte aber kam das vielfältige politische, soziale und kulturelle jüdische Leben in der Stadt erst nach 1918, als die Juden, zumindest auf dem Papier, gleichberechtigte Bürger wurden. Alle politischen Richtungen hatten ihre Parteien und Gewerkschaften, die auch in der Fürsorge-, Kultur- und Bildungsarbeit äußerst aktiv waren. Neben den öffentlichen gab es weltliche und religiöse jüdische Schulen und private Gymnasien. Täglich oder wöchentlich erschienen Dutzende Zeitungen der verschiedenen Parteien, der Jugendorganisationen und anderer Verbände. Es gab mehrere jüdische Bühnen, auf denen auch Stücke in Jiddisch dargeboten wurden; zahlreiche auch nichtreligiöse jiddischsprachige Bücher erschienen.

In den dreißiger Jahren erhielt der Antisemitismus in der polnischen Gesellschaft neuen Auftrieb und wurde, zumindest stillschweigend oder zwischen den Zeilen, auch von der rechtsautoritären Regierung und der katholischen Kirche goutiert, vor allem die immer stärker werdende Boykottbewegung gegen jüdische Händler. In zahlreichen Ortschaften kam es aber zu gewaltsamen antijüdischen Ausschreitungen, gegen die sich allerdings auch jüdischer Widerstand formierte. In Warschau organisierte zum Beispiel der *Bund*, wie das führende Mitglied Bernard Goldstein nach dem Krieg berichtet, Gruppen, die gegen den antisemitischen Mob handgreiflich vorgingen.<sup>3</sup> Viele Berufsverbände gingen in den dreißiger Jahren dazu über, Arierparagrafen in ihren Satzungen einzuführen und Juden damit auszuschließen. Auch an den Universitäten wurde die antisemitische Agitation immer lautstärker. Viele Studenten forderten eine Zulassungsbeschränkung und sogenannte Gettobänke für Juden, die ab Oktober 1937 in allen höheren Bildungsanstalten Warschaus entstanden.

Der polnische Antisemitismus hatte aber wenig mit dem rassistisch motivierten und letztlich mörderischen Antisemitismus der deutschen Nationalsozialisten gemein. Dessen Entwicklung verfolgten viele Warschauer Juden über die Presse. Zu einer direkten Konfrontation mit den Folgen der NS-Judenpolitik kam es im Herbst 1938. Die polnische Regierung hatte im Frühjahr 1938 an-

gekündigt, dass alle Pässe von Polen, die länger als fünf Jahre im Ausland lebten, überprüft werden müssten. Ende Oktober lief die Frist aus, daher sah NS-Deutschland Handlungsbedarf. Am 28. und 29. Oktober ließ Reinhard Heydrich, damals Chef der Sicherheitspolizei, zwischen 17 000 und 18 000 Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit verhaften und in Zügen an die polnische Grenze bringen. Während manche problemlos nach Polen einreisen konnten, verbrachten viele erst mehrere Tage im Niemandsland zwischen Deutschland und Polen, bevor sie im Grenzort Zbąszyń längere Zeit zur Registrierung interniert wurden. Das betraf vor allem diejenigen, die keine Verwandten mehr in Polen hatten.

Marcel Reich-Ranicki, der einen polnischen Pass hatte, weil er 1920 in Polen geboren worden und sein Vater Pole war, wurde am 28. Oktober frühmorgens von einem Polizisten geweckt. Dieser übergab ihm den Ausweisungsbescheid und forderte ihn auf, sofort mitzukommen. Reich-Ranicki konnte nur seine Aktentasche und ein paar Mark einstecken. Am Sammelplatz warteten bereits Hunderte, die alle am Nachmittag mit dem Zug an die Grenze gebracht wurden. «Es war vollkommen dunkel», beschreibt Reich-Ranicki in seinen Erinnerungen die Lage an der Grenze, «man hörte laute Kommandos, zahlreiche Schüsse, gellende Schreie. Dann kam ein Zug an. Es war ein kurzer polnischer Zug, in den uns die deutschen Polizisten brutal hineinjagten. In den Waggonen war es drängend voll.»<sup>4</sup>

Auf der polnischen Seite durften sie erst nach Stunden aussteigen. Reich-Ranicki hatte Glück, denn er musste nicht lange dort ausharren, sondern konnte zu seinen Eltern und seinem Bruder nach Warschau fahren. Die Familie lebte von den Einkünften der Zahnarztpraxis des Bruders. Er selbst sah für sich keine Perspektiven: «Ich war ein arbeitsloser, ein überflüssiger Mensch.»<sup>5</sup> Mit Nachhilfestunden und Deutschunterricht konnte er einen bescheidenen Beitrag zum Auskommen der Familie leisten.

Viele andere hatten weniger Glück und saßen erst einmal in Lagern an der Grenze fest. In Zbąszyń zum Beispiel waren es

zeitweise 6000 Menschen. Für sie wurden landesweit bei der jüdischen Bevölkerung Sammlungen durchgeführt und das American Joint Distribution Committee (Joint) kümmerte sich vor Ort um die Vertriebenen. Die Hilfe organisierte unter anderen der Historiker Emanuel Ringelblum. Er war schon länger in jüdischen Fürsorgeorganisationen aktiv gewesen und hatte beispielsweise in Orten, in denen es zu Pogromen gegen die Juden gekommen war, Beistand für die Opfer organisiert. Im deutsch-polnischen Grenzland machte er nun erste Erfahrungen mit den Auswirkungen des nationalsozialistischen Rassenhasses. Er arbeitete ununterbrochen, organisierte Schulunterricht für die vertriebenen Kinder, kulturelle Initiativen für Jugendliche – und schon hier sammelte er, wie später im Getto auch, Dokumente, forderte die Menschen wieder und wieder auf, ihre Erlebnisse schriftlich niederzulegen. Diese Berichte sind nicht überliefert. Fassungslos zeigte sich Ringelblum in Briefen: «Eine so barbarische und erbarmungslose Vertreibung», schreibt er, «hat es in der jüdischen Geschichte noch nicht gegeben.»<sup>6</sup>

## 2. Krieg und Besatzung

Nach dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 gehörten solche brutalen Vertreibungen wie die im Oktober 1938 und bald schon Schlimmeres zum Alltag jüdischen Lebens. Manchen stand die Bedrohung, die von einer deutschen Besatzungsherrschaft für die Juden ausging, zwar klar vor Augen. Dass die Verfolgungsmaßnahmen aber schließlich in eine umfassende Vernichtungspolitik münden würden, war im September 1939 und noch weit darüber hinaus selbst den Nationalsozialisten noch nicht ganz klar; dies lag zudem jenseits aller Vorstellungskraft. «Wohin Hitler auch kommt», notiert Chaim Kaplan, ein Hebräischlehrer und Publizist, aber klarsichtig schon am ersten September in seinem Tagebuch, «dort gibt es keine Hoffnung für die Juden.»<sup>7</sup> Wo viele noch Zuversicht aus der Erinnerung an die deut-

sche Besatzung während des Ersten Weltkriegs schöpften, die so schlimm nicht gewesen sei und die man doch auch heil überstanden habe, fand Kaplan keinen Trost, sondern nur weiteren Anlass zur Verzweiflung: «Das ist nicht das Deutschland aus dem Jahre 1914 – schlimm wie es war, besaß es doch einige Vorstellungen von moralischen Prinzipien und vom Völkerrecht.»<sup>8</sup>

Wie gering die Nationalsozialisten das Völkerrecht und rechtliche Grundsätze allgemein achteten, zeigten bereits die ersten Kriegstage mit den rücksichtslosen Bombardierungen von Wohnvierteln und Flüchtlingsstrecks unmissverständlich. Schon nach wenigen Tagen zog sich die polnische Armee planlos und überstürzt zurück, die Regierung und viele andere Institutionen reiheten sich bald schon in den Flüchtlingsstrom ein und verließen Warschau eine Woche nach Kriegsbeginn. Auch die Jüdische Gemeinde stand seit der Flucht ihres bisherigen Vorsitzenden Maurycy Mayzel am 6. September führungslos da. Frankreich und Großbritannien, auf die sich in den ersten Septembertagen alle Hoffnungen richteten, erklärten dem Deutschen Reich zwar den Krieg, was in Warschau und ganz Polen euphorisch gefeiert wurde. Der Enthusiasmus war aber verfrüht, denn praktische Konsequenzen hatten die Kriegserklärungen keine.

In Warschau mühte sich Stadtpräsident Stefan Starzyński auf aussichtslosem Posten, in großem Chaos die Verteidigung der Stadt zu organisieren. Für beide Seiten, die zivile Stadtverteidigung auf der einen und die deutsche Wehrmacht auf der anderen Seite, hatte Warschau von Anfang an eine mehr als nur militärische Bedeutung. Hitler hatte kurz vor dem Überfall vor den Spitzen der Wehrmacht bereits eine bislang nicht dagewesene brutale Kriegsführung gegen Polen und seine Eliten ausgerufen und später beschlossen, dass Warschau auf Provinzniveau herabgedrückt werden sollte. Nicht zuletzt deswegen wurde die alte Königsstadt Krakau Hauptstadt des Generalgouvernements. Viele Warschauer sahen in der Verteidigung ihrer Stadt, die unter deutscher Besatzung schließlich Zentrum des polnischen Untergrundstaats und Widerstands wurde, ein Symbol nationaler Selbsterhaltung.

In der belagerten Stadt waren die früher als unüberwindlich empfundenen politischen Gegensätze zumindest vorübergehend vergessen und auch der kurz zuvor noch virulente Antisemitismus schien für einen Moment der Vergangenheit anzugehören. Es kam zu sonst seltenen polnisch-jüdischen Verbrüderungen im Abwehrkampf. Auch in der organisierten sozialen Selbsthilfe arbeiteten polnische und jüdische Organisationen zeitweise Hand in Hand. Emanuel Ringelblum, der all dies 1943 im Versteck in einer Abhandlung über die polnisch-jüdischen Beziehungen im Krieg schildert, konnte aber nicht umhin zu bemerken, dass auch in dieser patriotisch aufgeladenen Atmosphäre antisemitische Vorfälle keinesfalls vollständig von der Bildfläche verschwunden waren: In manchen Häuserblocks wurde Juden bei Luftangriffen der Zutritt zu den Luftschutzräumen verwehrt, es kam zu Handgreiflichkeiten in den Schlangen vor den wenigen geöffneten Lebensmittelläden und zu Diskriminierungen und Gewalt bei der Ausgabe von Trinkwasser.<sup>9</sup>

Alle Anstrengungen, die Stadt zu verteidigen, konnten die deutsche Besatzung nur um wenige Tage verzögern, aufhalten konnten sie sie nicht. Am 29. September unterzeichnete General Juliusz Rómmel die Kapitulation und am 1. Oktober zogen die ersten deutschen Soldaten in Warschau ein. Ihr schlechter Ruf war ihnen bereits vorausgeeilt. Viele Flüchtlinge aus den westlichen Landesteilen waren in der Stadt oder durch sie hindurch weiter Richtung Osten geflohen und hatten von den Gewalttaten deutscher Soldaten, SS-Männer und Polizisten berichtet. In vielen Orten, die unter deutsche Herrschaft geraten waren, richtete sich die Gewalt bevorzugt gegen orthodoxe Juden und andere, die ebenfalls als Juden erkennbar waren.

In Warschau war das nicht anders. Kaum war die Wehrmacht einmarschiert, begann, wie Marcel Reich-Ranicki sich später erinnert, «das große Gaudium der Sieger, das unvergleichliche Vergnügen der Eroberer – die Jagd auf die Juden».<sup>10</sup> Hier trafen die deutschen Soldaten auf orthodoxe Juden, die auf manche von ihnen wegen deren fremdartiger Erscheinung und vor allem we-



gen deren großer Zahl bedrohlich, in der Regel aber abstoßend wirkten. Hier begegneten sie nun an jeder Straßenecke, so schien es vielen, den «Untermenschen», die sie aus den vulgäranisemitischen Karikaturen des «Stürmer» kannten. Hier konnten sie, anders als zu Hause, Juden überhaupt erst als solche identifizieren; hier bekam das abstrakte Feindbild erst ein Gesicht. Diese Erfahrung trug nicht unwesentlich zur alltäglichen Brutalität gegen die polnischen Juden bei.

Die Palette der antijüdischen Willkür und Gewalt seitens der Besatzer kannte kaum Grenzen. Sie schnitten orthodoxen Juden die Bärte ab oder zwangen sie gar, dies einander selbst zuzufügen; Frauen mussten mit ihrer Unterwäsche Bürgersteige, Büroräume, Wohnungen und Toiletten sauber wischen; Juden wurden auf offener Straße ausgeraubt, immer wieder auch Geschäfte und Wohnungen heimgesucht und geplündert. Selbst in ihren eigenen vier Wänden waren sie nicht mehr sicher, einige verloren diese gar innerhalb weniger Minuten wie etwa Chaim Kaplan.<sup>11</sup> Die Plünderungen, Demütigungen und Gewalttaten waren keine Übergangserscheinung einer «wilden» und noch ungeordneten Anfangsphase deutscher Besatzungsherrschaft; sie sollten fortan zum Alltag der Warschauer Juden gehören.

Eine derart ungehemmte Brutalität überstieg die Vorstellungskraft vieler. Marcel Reich-Ranicki erinnert sich daran, wie deutsche Soldaten in die Wohnung seiner Familie eindringen und dort Gold stehlen, das sein Bruder als Zahnarzt benötigte. «[D]er Schreck ließ nach», schreibt er, «aber nicht nachlassen wollte der Glaube meiner Mutter an die deutsche Ordnung und die deutsche Gerechtigkeit.»<sup>12</sup> Sie sah hier einen Willkürakt hinter dem Rücken der Vorgesetzten. Am nächsten Tag ging sie mit ihrem Sohn zur deutschen Kommandantur, um sich zu beschweren. Der wahrscheinlich überraschte wachhabende Soldat aber wies sie brüsk zurück und riet ihnen, schleunigst zu verschwinden.

## *Der Judenrat*

Neben solche Verbrechen trat nach wenigen Tagen die in antijüdische Verordnungen gegossene systematisierte Willkür. Die Perfidie kannte keine Grenzen – denn es waren Juden, die die Besatzer nun persönlich dafür haftbar machten, dass die Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt würden. Die Verfolgten selbst sollten in vielen Bereichen ihre eigene Diskriminierung organisieren und überwachen. Hierfür schufen die Nationalsozialisten ein neues Organ, den sogenannten Judenrat.

Judenräte wurden in den ersten Tagen und Wochen in fast allen Orten mit größerer jüdischer Bevölkerung von der Sicherheitspolizei und SS oder der deutschen Verwaltung eingesetzt. Initiiert hatte dies am 21. September 1939 Reinhard Heydrich, der wenige Tage später Chef des neu gegründeten Reichssicherheitshauptamts wurde, in einem Schnellbrief an die Führer der sogenannten Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD.<sup>13</sup> Diese Verbände waren hinter der Wehrmacht einmarschiert und ermordeten vor allem Angehörige der polnischen Elite, aber auch viele Juden. Zwar griffen die Deutschen bei der Bildung der Judenräte oft auf angesehene Persönlichkeiten zurück, die schon vor dem Krieg in der Jüdischen Gemeinde eine wichtige Rolle gespielt hatten, doch unterschieden sie sich erheblich von den Gemeindevorständen der Vorkriegszeit. In größeren Gemeinden umfassten die Judenräte bis zu 24 Mitglieder, in kleineren zwölf. Die Aufgaben, für die sie zuständig sein sollten, waren weitaus umfassender als die der früheren Vorstände und ihre Handlungsspielräume sehr viel enger. Von Anfang an befanden sie sich in einer schwierigen, wenn nicht gar ausweglosen Lage: Die Besatzer erwarteten von ihnen den unbedingten Vollzug der Anordnungen, wofür sie persönlich mit ihrem Leben hafteten, während die jüdische Bevölkerung sich gerade von ihnen Schutz davor und Hilfe erhoffte. Nicht zuletzt aus diesem Grund gerieten die Judenräte in die Kritik, wurden sie doch häufig mit den von ihnen nur auf Be-



*Adam Czerniaków in seinem Büro*

fehl umgesetzten Maßnahmen identifiziert, was vonseiten der Besatzer durchaus intendiert war.

In Warschau trug der Ingenieur Adam Czerniaków, ein bürgerlicher Intellektueller und Kunstliebhaber, diese Last als Judenratsvorsitzender.<sup>14</sup> Der 1880 in Warschau geborene Czerniaków wuchs in einer assimilierten Familie auf. Nach seinem Chemiestudium lehrte er an verschiedenen Schulen, unter anderen auch an der Berufsschule der Jüdischen Gemeinde, nebenbei publizierte er mehrere wissenschaftliche Werke. Im unabhängigen Polen nach 1918 war er zunehmend politisch aktiv und engagierte sich auch in der Jüdischen Gemeinde; er war Mitinitiator des Jüdischen Handwerkerverbands, gehörte von 1927 bis 1934 dem Stadtrat an und wurde 1931 in den Senat gewählt. 1937 wurde Czerniaków Mitglied des vom polnischen Staat berufenen provisorischen jüdischen Gemeindevorstands. Im belagerten Warschau trat er de facto an die Stelle des geflohenen Vorsitzenden; die übrige

gen Vorstandsmitglieder hatten die Stadt entweder auch verlassen oder waren nicht bereit, die Verantwortung zu übernehmen. Am 22. September ernannte ihn schließlich Stadtpräsident Starzyński zum Vorsteher der Jüdischen Gemeinde. Zwar erkannte Czerniaków darin eine «historische Rolle im belagerten Warschau»<sup>15</sup>, dass dies der entscheidende Wendepunkt seines Lebens und die Rolle letztlich gar nicht zu erfüllen sein sollte, konnte er freilich noch nicht ahnen.

Das sollte sich nach dem Einmarsch der Deutschen bald ändern. Am 4. Oktober fuhren deutsche Gestapobeamte bei der Gemeinde vor und ließen das Gebäude räumen. Den eilig herbeigerufenen Czerniaków verhafteten sie und brachten ihn, nachdem sie noch die Gemeindekasse geplündert hatten, in ihr Hauptquartier in der Szucha-Allee. Dort erteilten sie ihm den Befehl, innerhalb kürzester Zeit 24 Mitglieder für den Judenrat zu benennen, an dessen Spitze er fortan stehen sollte. Nach einigen Schwierigkeiten gelang es ihm, genügend Personen zu überzeugen, sich am 10. Oktober wählen zu lassen. Bei der Auswahl ließ sich Czerniaków vor allem von vier Kriterien leiten: Er wollte eine größtmögliche Kontinuität erreichen, suchte Leute mit Erfahrung, sie sollten ihm möglichst persönlich bekannt sein und schließlich sämtliche politische Richtungen repräsentieren. Mag ihm mit dem ersten Judenrat noch eine annähernde Repräsentativität gelungen sein, wurde diese später durch notwendige Neubesetzungen hinfällig.

In einer ersten Sitzung am 15. Oktober erläuterte Czerniaków den Mitgliedern ihre Aufgaben, soweit er selbst diese überhaupt schon konkret benennen konnte. Im Anschluss daran sprach Bernhard Baatz vom Stab der Einsatzgruppe IV und setzte den Judenrat offiziell ein. Die Hoffnung, die mancher damit verbunden haben mag, dass nun das Leben wieder in einigermassen geordneten Bahnen verlaufen würde, erfüllte sich jedoch nicht. Am gleichen Tag etwa vermerkt Czerniaków in seinem Tagebuch: «Belustigung vor der Gemeinde – Bärte.»<sup>16</sup> Gewalt und Willkür, hier das Bärteabschneiden, gingen ungebrochen weiter.

Wenngleich Czerniaków Personen aller politischen Richtungen für den Judenrat gewinnen konnte, war das Gremium in anderer Hinsicht überhaupt nicht repräsentativ, wofür er zunehmend in die Kritik geriet. Mehrheitlich waren assimilierte Juden vertreten, die bereits vor dem Krieg Mitglieder des Gemeindevorstands gewesen waren. Vor allem waren dies wohlhabende Persönlichkeiten aus Wirtschaftsverbänden und dem Finanzwesen. Kaum einer von ihnen, auch nicht Czerniaków selbst, sprach Jiddisch oder repräsentierte die Masse der orthodoxen Juden, der Klein- und Kleinsthändler. Es dominierten Männer wie der 1876 geborene Marek Lichtenbaum, wie Czerniaków Ingenieur, der Bauunternehmer war und außerdem als Sachverständiger für die Handels- und Industriekammer sowie die Warschauer Kredit-Gesellschaft gearbeitet hatte. Oder Abraham Gepner, 1872 geboren und Inhaber eines Handelshauses und einer Metallhütte, überdies Vizepräsident der Handels- und Industriekammer und in verschiedenen Kommissionen für polnische Ministerien tätig. Weit überwiegend waren es solche in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts geborenen relativ wohlhabenden und einflussreichen Männer, die nun die größte jüdische Gemeinde unter deutscher Herrschaft repräsentierten und verwalteten.

Die Jüdische Gemeinde in Warschau hatte nun ein Leitungsgremium, dessen Aufgaben allerdings noch vollkommen unklar waren und das der Willkür der Besatzer absolut ausgeliefert war. Heydrich hatte in seinem Schnellbrief an die Einsatzgruppen zwar die Bildung von Judenräten angeordnet, ohne jedoch Genaueres festzulegen. Er ordnete nur an, dass die Judenräte eine Zählung der örtlichen Juden durchzuführen und ihre Konzentration in größeren Orten umzusetzen hätten.

Doch nicht nur die genauen Aufgaben des Judenrats waren anfangs unklar. Angesichts un geregelter Zuständigkeiten und mancher Kompetenzstreitigkeiten im deutschen Apparat war für Czerniaków auch nicht zu ersehen, wer auf deutscher Seite sein Ansprechpartner war, wer für was zuständig war. In der Konse-

quenz wurde seine Lage noch unsicherer, zumal er bisweilen mit widersprüchlichen Anordnungen unterschiedlicher Institutionen umgehen musste.

[...]

---

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)